

Mayer, Otto G.

Article — Digitized Version

Stabilität contra Integration

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto G. (1971) : Stabilität contra Integration, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 6, pp. 286-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134268>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Otto G. Mayer

Stabilität contra Integration

Die Bundesregierung glaubte sich durch Preisentwicklung und Dollarzustrom gezwungen, den Wechselkurs der DM „floaten“ zu lassen, um binnenwirtschaftlich stabilitätspolitische Maßnahmen ergreifen zu können. Nach dem Entschluß der Finanz- und Wirtschaftsminister der EWG wenige Wochen zuvor, ab 15. Juni die Bandbreiten der EWG-Währungen versuchsweise untereinander einzuengen, kam dies einem Paukenschlag gleich, der allzu viele EWG-Optimisten wieder auf den Boden der Wirklichkeit zurückholte. Der Ausdruck „gemeinschaftsschädliche“ Politik war noch einer der freundlichsten Kommentare.

In dieser Diskussion um das Für und Wider der Wechselkursfreigabe hinsichtlich der europäischen Integrationsbemühungen vermißt man allerdings ein klärendes Wort zu einem Grunddilemma einer jeden europäisch eingestellten Bundesregierung: dem Konflikt zwischen dem Wunsche nach mehr Stabilität und dem nach engerer wirtschaftlicher Verbindung, wenn nicht Vereinigung der europäischen Länder.

Eine Wirtschafts- und Währungsunion mit festen Wechselkursen kann nämlich nur dann störungsfrei funktionieren, wenn sich die Mitgliedsländer über die wirtschaftspolitischen Ziele und deren Rangfolge einig sind, und das nicht nur in Worten, sondern auch in Taten. Aber schon hinsichtlich der stabilitätspolitischen Zielvorstellungen ist weder das eine noch das andere der Fall. Sieht man sich nämlich die mittelfristige Planung der EWG an, so bietet sich ein trauriges Bild: Erstens differieren die Zielvorstellungen für die einzelnen Mitgliedsländer ganz erheblich, und zweitens sind diese Vorstellungen inzwischen von der Realität weit überholt worden.

Aber selbst wenn man den guten Willen und auch die Taten aller Beteiligten für die Zukunft voraussetzt, ist es höchst unwahrscheinlich, daß sich die EWG-Partner gerade auf eine

Rangfolge oder eine Stabilitätsgemeinschaft nach Bonner Vorstellungen einschwören lassen bzw. lassen können — und das nicht nur wegen einer anderen Inflationsmentalität oder eines „Wachstumsfetischismus“. Denn für einige Partner stellt sich der Konflikt zwischen Wachstum und Stabilität aus regionalen und strukturellen Gründen realiter schärfer dar als für die BRD mit Ihrer im Vergleich relativ günstigen Struktur. Regionale und strukturelle Schwierigkeiten lassen sich nämlich im Wachstum bei steigenden Preisen leichter beheben, zumindest aber eher übertünchen. Eine konsequente Stabilitätspolitik birgt dagegen immer die Gefahr von regionalen und strukturellen Krisen in sich.

Ein weiteres Problem liegt in der Koordinierung der Einkommenspolitik innerhalb der EWG. Wie will man bei Tarifautonomie erreichen, daß Lohnforderungen nur gemäß der sehr unterschiedlichen regionalen Produktivitätszuwächse erhoben werden? Wenn aber die Gewerkschaften in Regionen mit unterdurchschnittlichen Produktivitätszuwächsen nicht hinter den Forderungen ihrer EWG-Kollegen in den Regionen mit überdurchschnittlichen Zuwächsen zurückstehen, wird von dorthin zwangsläufig ein Druck auf das gemeinschaftliche Preisniveau ausgeübt werden, der dann auch seinen Niederschlag in der BRD finden wird.

Aus diesen Gründen muß die BRD, wenn sie eine Wirtschafts- und Währungsunion mit festen Kursen will, zu einem Kompromiß, lies: zu höheren Preisniveausteigerungen bereit sein, als gegenwärtig anscheinend von den Bundesbürgern gewünscht wird. Wenn sie letzteres nicht will, bleibt ihr nur der Versuch, eine isolierte nationale Stabilität zu gewinnen — ein Versuch, dessen Erfolg von einer konsequenten außenwirtschaftlichen Absicherung abhängt. Beides zusammen wollen oder verkünden grenzt an Augenwischerei.